Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 340. Donnerstag den 6. December 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Bei dem hiesigen Stadtorchester, welches den Dienst in Kirche, Gewandhaus und Stadttheater zu versehen hat, kommen demnächst zur Erledigung und zwar

1) am 31. December d. J. die Stelle eines **Aspiranten** für **I. Violine** mit dem Jahresgehalt von 1000 ℳ, sowie

2) am 31. März 1884 die Stelle des **II. Bratschisten** mit dem Jahresgehalt von 2000 ℳ und Anspruch auf Mitgliedschaft bei dem hier bestehenden Orchesterpensionsfonds.

Die Anstellung des Aspiranten erfolgt gegen beiderseitige halbjährliche Kündigung, die des Bratschisten zunächst auf ein Probejahr.

Geeignete Bewerber, welche sich einem Probespiel zu unterziehen haben, wollen ihre Gesuche ev. mit Zeugnissen bis spätestens zum

24. dss. Mon.

bei uns einreichen.

Leipzig, den 3. December 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trendelin. Wilisch, Ass.

Nicolaigymnasium.

Anmeldungen für die unterste Classe (Sexta) nimmt der Unterzeichnete am **3., 4., 6. und 7. December 12—1 Uhr** in seinem Dienstzimmer entgegen. Anmeldungsformulare sind durch den Hausmann der Schule H. Eibner zu erhalten.

Leipzig, den 27. November 1883. Dr. **Th. Vogel.**

Am 11. December 1883 Vorm. von 10—12 und Nachm. von 2 Uhr an und eventuell die folgenden Tage
sollen hierselbst Petersstraße Nr. 23, 1. Etage, die zu einer Concursmasse gehörigen, meist Nürnberger Kurz- und Spielwaaren in größeren Posten meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 5. December 1883.

Singer,
Gerichtsvollzieher.

Steckbrief.

Gegen den Hausburschen **Friedrich Wilhelm Jordan** aus Leipzig, geboren den 8. August 1864 zu Treben im Saalkreise, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Unterschlagung verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Halle a/S. abzuliefern.

Halle a/S., den 1. December 1883.

Königliche Staatsanwaltschaft.
von Moers.

Nichtamtlicher Theil.

Französische Selbsterkenntniß.

Einsichtsvolle Franzosen haben sich oft darüber beklagt, daß es in Frankreich nicht möglich sei, der herrschenden Strömung Widerstand zu leisten; wenn sich der französischen Nation einmal eine lebhafte Empfindung bemächtigt hatte, so ist es dem Einzelnen, und mochte seine Meinung bei seinen Landsleuten auch noch so viel Ansehen genießen, noch niemals gelungen, sie von ihrem Vorhaben abzubringen; dasselbe wurde ausgeführt und wenn es auch die verhängnißvollsten Folgen fast mit Sicherheit voraussehen ließ. Thiers sah im Jahre 1870 die Niederlage Frankreichs voraus; er hatte den Muth, die Forderung für den Krieg abzulehnen, während der ganze gesetzgebende Körper sie einstimmig bewilligte; der Verlauf des Krieges hat Thiers Recht gegeben, und die Franzosen erkannten seine bessere Einsicht dadurch an, daß sie Thiers mit den Friedensunterhandlungen beauftragten und ihn zum Präsidenten der Republik wählten.

Heute hat in Frankreich wiederum die friedensfeindliche Strömung eine bedenkliche Kraft gewonnen; die Deutschenhetze wird mit einer Ungenirtheit betrieben, als wäre der Krieg gegen Deutschland beschlossene Sache und als handle es sich nur um Auffindung eines Vorwandes, um den Frieden zu brechen. In der That scheint der Mann, welcher gegenwärtig an der Spitze der französischen Regierung steht, bereit, Frankreich in jedes, auch das gefährlichste Abenteuer zu stürzen, sein Verfahren in der Tonkinfrage war ebenso thöricht wie rücksichtslos; thöricht, weil er nicht über die Mittel verfügte, um den Angriff mit dem nöthigen Nachdruck zu unternehmen, und rücksichtslos, weil er offenkundige Rechte Chinas verletzte, ohne die Folgen zu erwägen. Einsichtsvolle Franzosen haben längst den Kopf geschüttelt über die gefahrvolle Politik des Ministeriums Ferry; alles Vorangegangene wurde aber noch weit übertroffen durch die Haltung des „National", des erklärten Organs des Ministerpräsidenten, anläßlich der Reise des deutschen Kronprinzen nach Spanien. Man fing nach diesen Aufreizungen gegen Deutschland sogar in Frankreich an, darüber nachzudenken, ob eine solche Sprache auf die Dauer mit der Erhaltung des Friedens vereinbar sei, und ein französischer Patriot, St. Genest, hatte den Muth, seine Landsleute auf ihr Thun aufmerksam zu machen und ihnen einmal gründlich die Wahrheit zu sagen. Das ist in Frankreich etwas so Seltenes und so Unerhörtes, daß die Wirkung eine ganz bedeutende sein mußte. Genest sagte den Franzosen, daß sie in großem Irrthum seien, wenn sie glaubten, daß ihre Prahlereien und ihre aufreizende Sprache gegen Deutschland ein Zeichen von Patriotismus sei, die Triebfeder ihres Thuns sei nur kindische Eitelkeit und der Trotz des ungezogenen Kindes, welcher es nicht über sich gewinnen könne, ein begangenes Unrecht einzugestehen. Genest hat den bewunderungswürdigen Muth, den Franzosen ein Bündniß mit Deutschland anzurathen und auf die Wiedereroberung von Elsaß Verzicht zu leisten. Der erste Eindruck dieser Strafpredigt mag nicht der beabsichtigte gewesen sein; die Chauvinisten werden den unwillkommenen Sittenrichter mit Spott und Hohn belohnt haben, wahrscheinlich werden sie auch seinen Patriotismus in Zweifel gezogen, ihm wohl auch heimliches Einverständniß mit den Feinden des Vaterlandes vorgeworfen haben, aber allmälig haben die Leser sich doch auch ermannt, darüber nachzudenken, ob der Verfasser des Artikels nicht doch vielleicht recht haben könnte, ob es denn wirklich wohlgethan sei, einen starken Nachbar unausgesetzt zu reizen, wenn man nicht in der Lage ist, ihn mit Erfolg anzugreifen.

Und als erstes Resultat dieses Nachdenkens hat sich die Stimme eines Gesinnungsgenossen St. Genest's im „Siècle" erhoben, welcher die Frage aufwirft, ob die Journalisten, die in ernsthaften Blättern ihre Witze über den Fürsten Bismarck und den König von Spanien reißen, das volle Bewußtsein ihres Thuns und der verhängnißvollen Folgen besitzen, welche ihre Herzensergießungen für den Frieden Europas haben können. Der „Figaro" und der „Siècle" gehören zu den verbreitetsten und einflußreichsten Blättern Frankreichs, und das Gewicht ihrer Stimmen verzehnfacht sich dadurch, daß sie gleichzeitig erhoben wurden, daß der „Siècle" die Berechtigung der vom „Figaro" geführten Sprache anerkannte. Nach dieser Bestätigung ist es nicht mehr erlaubt, über die Wahrheiten St. Genest's in Frankreich mitleidig die Achseln zu zucken oder darauf mit Verdächtigungen des Verfassers zu antworten. Während man noch vor Kurzem die wohl begründete Abfertigung, welche die „Nordd. Allg. Ztg." den französischen Chauvinisten zu Theil werden ließ, als gegenstandlos zurückwies, ist jetzt die indirecte Anerkennung erfolgt, daß die „Nordd. Allg. Ztg." nur ihr gutes Recht übte, als sie gegen die maßlosen Hetzereien der französischen Blätter Einspruch erhob. Ernste und einsichtsvolle Franzosen machen jetzt gemeinschaftliche Sache mit der „Nordd. Allg. Ztg." und rufen ihren verblendeten Landsleuten ein nur allzu verdientes „Cave" zu.

Die spanische Reise des Kronprinzen ist jedenfalls die letzte Ursache dieser beiden Warnungsrufe; man beginnt in Frankreich einzusehen, daß die vollständige Vereinsamung Frankreichs, die Unmöglichkeit, einen Bundesgenossen zu finden, mit Nothwendigkeit zur Umkehr von dem betretenen gefährlichen Wege treibt, daß Frankreich nur in einer aufrichtigen Friedenspolitik die Bedingungen seiner zukünftigen Wohlfahrt zu finden vermag.

Der Kronprinz hat die Franzosen durch die Liebenswürdigkeit, mit welcher er sich gegen den Botschafter des Michels in Madrid benommen hat, beschämt; er hat sie dahin gebracht, daß sie selbst ihr Unrecht eingestehen, und das ist der Anfang zu einem Umschwung der öffentlichen Meinung in Frankreich, welche von den segensreichsten Folgen sein kann. Wenn die Franzosen erst angefangen haben, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß es besser sei auf die Wiedereroberung des Elsaß zu verzichten und die Niederlage des Jahres 1870 als eine nicht zu ändernde, wenn auch bittere Thatsache anzuerkennen, dann ist Frankreich auf dem besten Wege zu seiner Wiederaufrichtung. Die Lähmung seiner besten Kräfte durch Rachegelüste wird dann einer gedeihlichen friedlichen Arbeit weichen, und der darniederliegende Handel und die nicht minder bedrängte Industrie werden sich wieder heben, das geschwundene Vertrauen wird zurückkehren, und es wird eine neue Zeit der Blüthe heranbrechen, welche über das Geschehene leicht hinweghilft. Hoffen wir, daß der Genesungsproceß, welcher durch die Selbsterkenntniß zweier edler Franzosen begonnen hat, weiter fortschreitet und zu dem Ergebniß eines wirklich festbegründeten europäischen Friedens führt. Dann wird der tolle Mummenschanz, den die Franzosen seit 12 Jahren aufführen, bald vergessen und vergeben sein.

Leipzig, 6. December 1883.

* Die auf Deutschlands Anstoß beschlossene Bildung einer internationalen Kanonenbootflottille in den Gewässern Kantons charakterisirt sich als ein Act der maritimen Sicherheitspolizei zum Zwecke des Schutzes von Leben und Eigenthum der dortigen Europäer gegen etwaige Ausbrüche der Volkswuth nach dem Muster der schon vorgekommenen. Der politischen Lage soll dadurch in keiner Weise vorgegriffen werden. Einmischung in fremder Leute Angelegenheiten liegt Niemandem ferner als gerade dem maßgebenden deutschen Staatsmann. Das schließt indessen nicht aus, daß die wohlthätigen Wirkungen der eingangs erwähnten maritimen Demonstration sich über ihr nächstliegendes besonderes Ziel hinauserstrecken können und hoffentlich auch werden. Indem Deutschland, England, Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika gemeinsame Schritte zur Wahrung der Interessen ihrer in Kanton weilenden Angehörigen thun, liefern sie zugleich den Beweis, daß sie im Hinblick auf gewisse Möglichkeiten zu gemeinsamem Handeln bereit sind. Die Bethätigung solcher Maßregeln dürfte kaum ohne ernüchternde Rückwirkung auf den überreizten Fanatismus der niederen Schichten des chinesischen Volkes bleiben und auch den Schürern desselben die Augen über die letzten Consequenzen ihres Vorgehens öffnen. Die Anwesenheit einer internationalen Seestreitmacht in den Gewässern Kantons wird zweifelsohne der chinesischen Kriegspartei höchst unwillkommen sein; sicherlich aber werden die chinesischen Staatsmänner in diesen Vorsichtsmaßregeln der Mächte eine Einmischung oder gar einen Druck nicht erblicken können. China hat seit zwei Jahrzehnten manchen Wandel erfahren; es muß sich auch mit der Thatsache abfinden, daß „chinesische Fricticnen" auf europäischem Boden spielen und hier vielleicht erledigt werden.

* Nach dem von der Admiralität über die Schiffsbewegungen erstatteten Halbmonatsbericht war das Kanonenboot „Albatroß" am 17. October von Buenos-Ayres nach Rinchuelo gegangen, das Schiff „Freya" am 23. October von Barbados nach Port-au-Prince, das Kanonenboot „Hyäne" am 26. October in Sydney, von woher die letzte Nachricht war, das Kanonenboot „Iltis" am 1. October in Kanton, das Schiff „Leipzig" am 25. September in Nagasaki, der Aviso „Loreley" am 22. November in Grao, das Schiff „Marie" am 25. September im Begriff, von Montevideo nach Valparaiso zu gehen. Das Kanonenboot „Nautilus" war am 3. November von Plymouth nach Capstadt und Singapore gegangen, das Schiff „Olga" am 3. November von Trinidad nach Porto Cabello, das Schiff „Prinz Adalbert" am 25. November in Cartagena, ebendort das Schiff „Sophie", das Schiff „Stein" hatte am 17. November von Singapore die Heimreise angetreten; von dem Schiffe „Stosch" war die letzte Nachricht — 4. November — aus Hongkong. Das Kanonenboot „Wolf" war am 4. November in Tientsin. — Der statistische Gesundheitsbericht der Reichsflotte für das Jahr vom 1. April 1882 bis dahin 1883 ist erschienen. Das umfangreiche Actenstück enthält in seinem allgemeinen Theile eine Uebersicht der Kränklichkeit, Dienstunbrauchbarkeit und Sterblichkeit in der Flotte, in seinem besonderen Theile die Krankheitsverhältnisse auf den Schiffen in Ostasien, der Südsee, Westindien und Amerika, dem Mittelmeer, den heimathlichen Häfen und Gewässern, endlich am Lande, woran sich die Mittheilung über die Schiffsbagnoine reiht. Der dritte Theil enthält die Krankheits-Uebersichten, und zwar: die Krankenbewegung im Allgemeinen, die speciellen Erkrankungen auf den verschiedenen Schiffsstationen und am Lande, dann auf den einzelnen Schiffen und bei den beiden Marinestationen. Zur Hygieine hat der Stabsarzt Dr. Gärtner Beiträge über Lüftung, Verpflegung und die Expedition nach Süd-Georgien geliefert. Was die Verpflegung betrifft, so kann die Westküste Amerikas im Allgemeinen nicht als günstig bezeichnet werden. Muß — so heißt es schließlich — an der Westküste Branntwein gekauft werden, so empfiehlt es sich, den reinen Kornbranntwein des Südens oder den aus Trebern des Weins hergestellten Pisco der nördlichen Provinzen Chiles oder Perus zu nehmen. Die bessern Sorten dieser Alkoholica sind meist rein, während die Cognacs, Rums u. s. w. aus den schlechtern Branntweinen des Landes mit Cognac- oder Rum-Essenzen, welche man in Massen einführt, hergestellt werden.

* Man schreibt der „Voss. Zeitung" aus Dessau: „Dem Landtage ist die Vorlage betreffs Neuregelung der in den Verhältnissen des Salzwerks Leopoldshall eingetretenen Veränderungen zugegangen. In dem Syndikatsvertrage, welcher zwischen den Besitzern der Staßfurt-Leopoldshaller Salzwerke vom 1. April 1879 bis dahin 1884 zum Abschluß gekommen war, vertheilte sich die jedes Mal auf ein viertel Jahr festzustellende Gesammtförderung an Kornallitsätzen mit 50 Proc. auf das herzogliche Salzwerk Leopoldshall, 27½ Proc. auf das königl. preußische Salzwerk Staßfurt, 12½ Proc. auf das Salzwerk Douglashall bei Westeregeln und 10 Proc. auf das Salzwerk Neustaßfurt. Mit dieser geringen Betheiligungsziffer wollten sich die letztgenannten beiden Privatwerke nicht länger zufrieden erklären, weil ihre Leistungsfähigkeit sich inzwischen bedeutend gesteigert hatte; und da auch mit der Vertretung des preußisch-fiscalischen Werkes ein Zusammengehen nicht wieder zu ermöglichen war, weil die Vertreter derselben Protest dagegen erhoben, daß das anhaltische Werk auch künftig noch mit einem größeren Procentsatze an der Gesammtförderung betheiligt werde, als das preußische Werk, so mußte schließlich die anhaltische Regierung nachgeben, allerdings auch zum Schaden des preußisch-fiscalischen Werkes mit, dessen bisheriges Förderungsquantum nun ebenfalls herabgedrückt wurde, während die Privatwerke gestärkt aus den Verhandlungen hervorgingen. Nach Inhalt des am 21. October d. J. zum Vollzug gebrachten Abkommens, welches für die Zeit vom 15. October 1883 bis 31. December 1888 Geltung hat, kommen nämlich nunmehr 24 Proc. auf das herzogliche Salzwerk Leopoldshall, 20 Proc. auf das königliche Salzwerk Staßfurt, 19⅔ Proc. auf das gewerkschaftliche Salzbergwerk Schmittmannshall zu Aschersleben, 18⅓ Proc. auf Douglashall und 18⅓ Proc. auf das gewerkschaftliche Salzbergwerk Neu-Staßfurt. Sobald jedoch das bei Staßfurt in der Abteufung befindliche Salzbergwerk Ludwig II. in Förderung tritt, drückt sich das Förderungsquantum der letztgenannten drei Privatwerke noch um je 2⅔ Procent herab, welche an das Werk Ludwig II. alsdann abzutreten sind. Außer diesem procentualen Antheil aber sollen die beiden Salzbergwerke Douglashall und Neustaßfurt je 750 Centner, und das herzogliche Salzbergwerk Leopoldshall, so lange dasselbe nicht in die Förderung von Kainit eintritt, 1000 Centner Karnallitsalze täglich als Präcipuum fördern dürfen, so daß sich die Betheiligungsziffer des Salzwerks Leopoldshall bei einem Gesammtabsatze von 60,000 Centner täglich auf 25⅔ Procent oder 15,400 Centner pro Tag und bei 300 Werktagen das gesammte jährliche Förderungsquantum auf 4,620,000 Centner berechnet. Es bedeutet dies für die anhaltischen Finanzen einen Ausfall von 675,000 ℳ jährlich, vorausgesetzt, daß der jetzige Preis von 50 ₰ pro Centner Karnallitsalz auch ferner in Geltung bleibt. Durch Abteufung eines neuen Schachtes und Uebergang zur Fabrikation von Chlorkalium für eigene Rechnung hofft die Regierung den Schlag nach und nach zu pariren."

* Zur Kennzeichnung der polnisch-klerikalen Agitation in der Provinz Posen bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" folgende Mittheilung: „Wir hören aus Posen, daß vor Kurzem der katholische Pfarrer Eugen Schniggenberg zu Retschka im Kreise Fraustadt von dem Landgericht in Lissa wegen Majestätsbeleidigung zu einer sechsmonatlichen Festungshaft verurtheilt worden ist. Der Verurtheilung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Im Februar dieses Jahres besuchte der Pfarrer Schniggenberg den Lehrer Prause zu Retschka und bemerkte in der Wohnung desselben über dem Sopha ein Oelgemälde, welches Se. Majestät den Kaiser darstellt. Bei Gelegenheit eines Gegenbesuches, den Prause bald darauf dem Schniggenberg abstattete, lenkte Letzterer das Gespräch auf das erwähnte Gemälde, that dabei aber, als ob er dasselbe der Dunkelheit wegen undeutlich wahrgenommen und für das Bild des Papstes oder des Erzbischofs gehalten hätte und sprach dem Lehrer schließlich sein Lob aus. Als Letzterer ihm darauf erwiderte, daß das Bild Se. Majestät vorstelle, rief v. Schniggenberg: „Wie können Sie das Bild über dem Ehrenplatze, über dem Sopha haben? Ist der Kaiser allmächtig? Sie sind ein polnischer Lehrer, haben eine polnische Schule, polnisches Land. Ich war in vielen Familien und habe solch ein Bild nicht gefunden, nicht einmal beim Baron. Sein Bild habe ich nur höchstens in Gasthäusern vorgefunden. Wenn Sie das Bild nicht wegnehmen, so komme ich nicht mehr zu Ihnen, ich betrachte Sie dann als einen mir feindseligen Mann." — Der Lehrer Prause, über diese Aeußerungen empört, hat seinem Kreis-Schulinspector Anzeige gemacht, welcher Letztere den Vorfall zur Kenntniß der königlichen Staatsanwaltschaft brachte. Wir nehmen Act von dem Verhalten des Pfarrers Schniggenberg wegen seines symptomatischen Charakters; dasselbe liefert einen neuen Beweis dafür, welche Stütze die national-polnische Agitation in der Provinz Posen bei der dortigen katholischen Geistlichkeit findet."

* * *

* Man schreibt uns aus Wien, 4. December: „Das Interesse der im neuen Parlamentsgebäude abgehaltenen ersten Sitzung concentrirte sich auf das vom Finanzminister vorgetragene Exposé über den Staatshaushalt von 1884. Dasselbe erhärtet eine ernste, stetige Besserung der Finanzlage, wenn auch ein flüchtiger Vergleich der Schlußziffern ein minder günstiges Resultat zeigt. Die Gesammtausgaben für 1884 werden mit 511.1 Millionen veranschlagt, gegen 500.3 für 1883. Fast in gleichem Maße steigt indessen die Bedeckungsziffer. Die Staatseinnahmen, welche für das laufende Jahr mit 464.2 Millionen Gulden eingestellt sind, erscheinen im Budget pro 1884 mit 472.3 Millionen, also um 8.1 Millionen höher; überdies bemerkt der Finanzminister, diese Aufstellung sei im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten 9 Monate „in möglichst nüchterner und objectiver Weise" erfolgt und man werde „am Schlusse des Jahres eher angenehme Ueberraschungen, als düstere Enttäuschungen erfahren." Nach jenen Hauptsummen stellt sich das Deficit pro 1884 mit 38.7 Millionen gegen 36.6 vom Jahre 1883, also um 2.1 Millionen höher. Dieses rechnungsmäßige Resultat ändert sich jedoch gründlich, wenn man die zahlreichen, nicht zur regelmäßigen Verwaltung gehörenden Ausgaben in Betracht zieht, welche die Bilanz des Staatshaushaltes nur vorübergehend beeinflussen. Der Finanzminister stellt die Ziffern dieser Kategorie der beiden Budgets pro 1883 und 1884 zusammen und gelangt zu dem Schlusse, daß der Abgang der regelmäßigen Gebahrung des Jahres 1884 um 4.7 Millionen niedriger ist, als im Jahre 1883. — Den Grundcharakter des Budgets zeichnet der Finanzminister durch die Erklärung, die Regierung habe, wo dies nur irgend möglich war, strengste Sparsamkeit walten lassen, andererseits es jedoch als heilige Pflicht erachtet, alle diejenigen Ausgaben einzustellen, welche zur Erhaltung einer rationellen, gesunden Wirthschaft, insbesondere für die Entwickelung des Unterrichtswesens, sowie des Verkehrslebens unentbehrlich sind. „Wären derartige außerordentliche Auslagen nicht gemacht worden" — fügte der Minister hinzu — „so hätte die Regierung die Beseitigung oder wenigstens eine sehr erhebliche Herabminderung des Deficits aufweisen können; sie hätte jedoch den gerechten Vorwurf des Parlaments und der Bevölkerung verdient, daß am unrechten Orte gespart werde." — Man muß sich in der That mit dem Deficit vollkommen versöhnen, wenn man jene außerordentlichen Ausgabeposten überblickt, denn da figuriren z. B. für Staatseisenbahnbauten 28.7 Millionen (gegen 22.1 Millionen im laufenden Jahre), Betheiligung am Bau von Privatbahnen 350,000 fl.; die Traject-Anstalt in Bregenz 700,000 fl., Parlaments- und Universitätsbau mit mehr als 900,000 fl. u. s. w. Mit Recht weist der Finanzminister darauf hin, wie beträchtlich sich das Budget entbürden werde, wenn die Arlberg- und die Galizische Transversalbahn ausgebaut sind, daß aber dann das Reich die Früchte dieser reichen Aussaat ernten und genießen werde. Der Vergleich zwischen dem diesjährigen und nächsten Budget fällt aber vollends zu Gunsten des letzteren aus, wenn man die vom Finanzminister constatirte Thatsache in Betracht zieht, daß er den Credit von 15.6 Millionen, welcher ihm zur Rückzahlung der im laufenden Jahre fällig gewordenen Capitalien der allgemeinen Staatsschuld eröffnet worden war, nicht in Anspruch genommen, sondern den diesbezüglichen Bedarf aus den Mehreinnahmen gedeckt habe, daß er dennoch wohl einen beträchtlichen Theil des Erlöses für die Tilgungswerthe pro 1883 zur Deckung des nächstjährigen Abganges werde verwenden, somit das nächstjährige Deficit erheblich werde vermindern können."

* Welcher Hort der Deutsche Schulverein in Wien für das von Polen, Czechen, Slovenen und Italienern bedrohte Deutschthum in Oesterreich ist, mag wohl jetzt allgemein bekannt sein, nachdem die deutsche Presse mehr und mehr dem Wirken dieses deutsch-nationalen Vereins erhöhte Beachtung geschenkt hat. Weniger bekannt dürfte es sein, welche ungeheuren Schwierigkeiten der Schulverein bisweilen zu überwinden hat, ehe er rein deutschen Gemeinden oder den Deutschen in einem Orte mit gemischter Bevölkerung zu einer deutschen Bildungsstätte verhelfen kann. Dem kürzlich im „Leipziger Tageblatte" mitgetheilten Falle aus Tschernembl in Krain, wo der slovenische höhere und niedere Pöbel den deutschen Lehrer aus Graz, der eine deutsche Schule errichten sollte, zum baldigen Weggange nöthigte, lassen sich mehr als ein Dutzend Fälle aus der jüngsten Zeit an die Seite stellen. Die Errichtung ganz unnöthiger czechischer Schulen in Wien, Brünn, Iglau, Znaim, Trautenau u. s. w. wird von oben herab gern gesehen, nicht selten direct begünstigt und befördert. Will aber eine deutsche Gemeinde, die ein halbes Jahrtausend hindurch stets deutsch war und deren Schule erst in den letzten 10 bis 20 Jahren slavisirt wurde, zum deutschen Unterrichte zurückkehren oder soll in einer bedrohten deutschen Gemeinde der Sprachgrenze oder in einer deutschen Sprachinsel eine neue deutsche Schule errichtet werden, so greifen die maßgebenden Factoren zu allen Mitteln, um das Project zu Falle zu bringen. Schon längst war von der Ortsgruppe Laibach die Gründung einer deutschen Privatschule in der genau 600 Jahre alten deutschen Gemeinde Zarz bei Bischoflack in Oberkrain geplant worden. Die Alten und Erwachsenen der kleinen deutschen Sprachinsel, die merkwürdigerweise weder auf der Sprachenkarte im Andree'schen Handatlas, noch auch auf der sehr genauen Sprachenkarte im Peschel-Andree'schen physik.-stat. Atlas für das deutsche Reich angegeben ist, sprechen alle noch ihr bajuwarisch Deutsch. Die Jugend allerdings ist, da seit 1875 nur slovenisch unterrichtet wurde mehr oder weniger slavisirt. Im September dieses Jahres nun waren alle Schwierigkeiten, welche der Errichtung einer deutschen Privatschule in Zarz im Wege gestanden hatten, so weit beseitigt, daß ein deutscher Lehrer in das Gebirgsdorf geschickt werden konnte. Der slovenische Pfarrer des Ortes aber — in ganz Krain haben alle deutschen Gemeinden ohne Ausnahme slovenische Geistliche — wußte doch noch in letzter Stunde alles zu vereiteln. Als der Unterricht beginnen sollte, verbreitete sich plötzlich unter den Zarzer Frauen das Gerücht, der neue Lehrer wolle unter der Bevölkerung Irrlehren ausstreuen und die Leute zu Ketzern machen. Eine solche Aufregung entstand in Folge dessen, daß der deutsche Lehrer schleunigst nach Laibach zurückkehren und die Errichtung der deutschen Privatschule aufgegeben werden mußte. Wie so viele ehemals deutsche Gemeinden in Krain der Slovenisirung verfallen sind, so wird nun wahrscheinlich auch Zarz der deutschen Sprache vollständig verloren gehen.

* Berichten aus Galatz zufolge hat die europäische Donau-Commission ihre ordentliche Session beendet. Dieselbe war mit technischen und Verwaltungsarbeiten ausgefüllt. Die Ernennung eines Mitgliedes für die gemischte Ufercommission, sowie die Einsetzung des letztern im Gegensatz zu dem Einspruch Rumäniens ist nicht erfolgt.

* In einem Berliner Blatte fanden sich vor Kurzem Auslassungen über das Schwinden des deutschen Einflusses in Konstantinopel, welche in türkischen Kreisen sowohl wie unter der deutschen Colonie Konstantinopels unangenehmes Aufsehen erregt haben. Der „Kölnischen Zeitung" wird von dort darüber geschrieben: „Es war darin die Rede von dem Mißlingen der Mission Mukhtar Pascha's, dem unfreundlichen Empfang, der diesem Staatsmanns vom Fürsten Bismarck zu Theil geworden, von Ansprüchen, welche die Türken am Deutschland stellen zu dürfen glaubten, einfach weil eine gewisse Anzahl deutscher Officiere und Beamten